

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir,  
David Stoop, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche,  
Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, Dr. Stephanie Rose  
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

**Betr.: Auswirkungen der Inflation bekämpfen (VII): Keine SAGA-Kündigungen  
in Krisenzeiten! Mit den SAGA-Überschüssen Mieter:innen entlasten  
statt Haushaltslöcher zu stopfen!**

Zu Beginn der Corona-Krise – am 18. März 2020 – hatte SAGA-Chef Dr. Thomas Krebs erklärt, dass es sich dabei um die „größte Herausforderung für unsere Stadt seit der Flutkatastrophe von 1962“ handele. Damals wurde in Aussicht gestellt, fristlose Kündigungen und Zwangsräumungen zu vermeiden, Stundungsvereinbarungen zu verlängern und Mieterhöhungen „vorerst“ auszusetzen (<https://www.saga.hamburg/pressemitteilung/corona-krise>). Auch wenn diese Maßnahmen nur halbherzig angegangen und auch nur für kurze Zeit ernst genommen wurden, war hier doch der Grundgedanke angelegt, in sowieso schon bedrohlichen Krisenzeiten Mieter:innen des eigenen, städtischen Wohnungsunternehmens bei den Wohnkosten zu entlasten.

Um wie viel mehr gilt das erst für die längst herangereifte soziale Krise im Gefolge von explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen, die zu der voraussichtlich im Herbst wieder entfachten Corona-Pandemie noch dazu kommen. Für den Monat August 2022 wird jedenfalls eine Inflationsrate von 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnet, Tendenz steigend. Ganz besonders betroffen sind einmal mehr die Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen. Auf Deutschland kommen bedrückende Verarmungsszenarien zu. Und dies, obwohl der „Paritätische Armutsbericht 2022“ schon für 2021, also vor dem Ukraine-Krieg und der Energiekostenexplosion, konstatierte, dass es seit 1990 noch niemals so viele Arme gegeben habe wie eben im vergangenen Jahr, nämlich 13,8 Millionen Menschen beziehungsweise 16,6 Prozent der Bevölkerung (Seite 3, siehe unter [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere\\_armutsbericht-2022\\_web.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2022_web.pdf)).

Der aktuelle Geschäftsbericht der Freien und Hansestadt Hamburg belegt, dass in Hamburg der Anteil der Menschen, die arm beziehungsweise von Armut bedroht sind, innerhalb eines Jahres um fast 1 Prozent auf 19,8 Prozent (in 2021) angestiegen ist. <https://www.hamburg.de/fb/geschaeftsbericht/16439764/nachhaltigkeit/>

Vor diesem Hintergrund ist von den Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg zu erwarten, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Auswirkungen der Krise für die Hauptbetroffenen spürbar abzufedern. Dies gilt im besonderen Maße für diejenigen, die in den kommenden Monaten nicht mehr in der Lage sind, die drastisch ansteigenden Energiekosten zu tragen. Dies gilt auch für einen Teil der SAGA-Mieter:innen, die – wie schon in der Corona-Krise – auf finanzielle Hilfe angewiesen sind und bei denen unter allen Umständen verhindert werden muss, dass sie wegen ausbleibender Kostenzahlungen gekündigt oder Energie- und Wassersperren verhängt werden. Abgesehen vom sozialen Auftrag, den die SAGA schon per Satzung zu erfüllen hat, lassen die in den vergangenen Jahren wiederholt erzielten Gewinne von jeweils mehr als 200 Millionen Euro solche Maßnahmen problemlos zu.

Im „Hamburger Abendblatt“ vom 19.9.22 verspricht SAGA-Chef Krebs: „Kündigungen wegen Notlagen setzen wir bis mindestens Ende 2023 aus“. Die Definition der Notlagen bleibt offen. Ebenso offen bleibt, weshalb die SAGA eine Stiftung gründen will, die allen Menschen in Not helfen soll, wenn staatliche Unterstützung nicht greift. Neben dem „hohen einstelligen oder niedrigen zweistelligen Millionenbetrag“ der SAGA, der aus einem „außerplanmäßigen Ergebnis einer Beteiligung“ stamme, sollen sich auch die „Partner im Bündnis für das Wohnen“ beteiligen. Eine Stiftung der SAGA für ihre eigenen Mieter:innen zu errichten, ließe sich noch auf einen Blick nachvollziehen. Aber Gelder aus der SAGA an alle Menschen in Hamburg zu geben, erschließt sich nicht. Hier sollen augenscheinlich Defizite der hamburgischen Sozialpolitik über die SAGA ausgeglichen werden. Ein Großteil der jährlichen Millionen-Überschüsse der SAGA in dreistelliger Höhe kommt aus den Mieten der SAGA-Mieter:innen.

In der Schriftlichen Kleinen Anfrage Drs. 22/9465 vom 30.9.22 antwortete der Senat, dass noch nicht absehbar sei, in welcher Höhe ausbleibende Zahlungen von Mieter:innen zu kompensieren seien. Die Frage nach einem Gaspreisdeckel für SAGA-Mieter:innen wurde gar nicht beantwortet. In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 05. Oktober fragte die Fraktion DIE LINKE erneut nach, weshalb die Überschüsse beziehungsweise Ausschüttungen der SAGA nicht zur Reduzierung des Gaspreises für die Mieter:innen genutzt werden sollen. Senatorin Stapelfeldt verwies darauf, dass die SAGA-Mieter:innen in den vergangenen Jahren von den sehr günstigen Gaspreisen profitiert hätten, die die SAGA mit dem Gasversorger ausgehandelt hatte. Mit keinem Wort ging sie darauf ein, dass die betroffenen 55.000 SAGA-Mieter:innenhaushalte jetzt und in nächster Zeit die explodierenden Gaspreisen bezahlen müssen. In der „Hamburger Morgenpost“ vom 23.9.22 spricht die SAGA von einer Verfünf- bis Versechsfachung der Preise.

In derselben Haushaltsausschusssitzung bestätigte der Senat, dass die Berechnung der Fraktion DIE LINKE richtig sei, dass die SAGA innerhalb der nächsten vier Jahre über 350 Millionen Euro an die Stadt ausschütten solle.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

#### **Der Senat wird aufgefordert,**

1. auf das städtische Wohnungsunternehmen SAGA dahin gehend einzuwirken, dass dieses zunächst bis mindestens Ende 2023 auf jegliche Kündigung oder Räumung bei krisenbedingten Rückständen für Energie-, Wasser- und sonstige Nebenkosten sowie bei sonstigen Mietschulden verzichtet wird.
2. gemeinsam mit der SAGA die geplanten Ausschüttungen an die Gesellschafter:innen (HGV und BSW) zu stoppen, um zu klären,
  - a. wie viel Geld benötigt wird, damit die Mieter:innen von den explodierenden Gas- und Energiekosten entlastet werden können,
  - b. wie die SAGA besser und schneller mit Reparaturarbeiten (zum Beispiel durch eigenes Handwerkspersonal) werden kann,
  - c. wie die SAGA noch mehr preisgünstige Wohnungen für die Stadt bauen kann,
3. auf die SAGA dahin gehend einzuwirken, auf Mieterhöhungen mindestens bis Ende 2023 in Gänze zu verzichten und in den ungebundenen Wohnungen die Mieten um 1 Euro monatlich zu senken,
4. auf die SAGA dahin gehend einzuwirken, den SAGA-Haushalten, die seit dem 1. Februar 2020 eine erhöhte Miete zahlen und deren Einkommen unterhalb der Einkommensgrenzen des 2. Förderweges liegt, diese erhöhte Mietleistung binnen kurzem zurückzuerstatten,
5. auf die SAGA dahin gehend einzuwirken, dass die geplante Stiftung ausschließlich den SAGA-Mieter:innen zugutekommt,
6. zum Ende des laufenden Kalenderjahres der Hamburgischen Bürgerschaft einen Bericht vorzulegen, wie sich die krisenbedingte, finanzielle Situation bei den betroffenen SAGA-Mieter:innen darstellt,

7. diese Berichterstattung im Halbjahres-Rhythmus vorerst bis Ende 2023 fortzusetzen.